



Presseschau vom 03.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Augusto Zamora Rodríguez: **Ukraine-Konflikt: Der Tod Europas und die Geburt einer neuen Ordnung**

"Imperialer Wahn Putins": Im Westen sind sich Experten, Journalisten und Politiker einig, wenn es um die Ursachen des Konflikts in der Ukraine geht. Doch ein Blick über den Tellerrand zeigt schnell, dass die Analysten im Globalen Süden zu einem anderen Schluss kommen. ...

<https://kurz.rt.com/2wd7> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: **Der Regimewechsel in Russland ist schon seit Jahren das Ziel der USA**

Trotz aller Bemühungen von Washington, nach der Bemerkung von Joe Biden "Putin kann nicht an der Macht bleiben", die Wogen zu glätten, sprach der US-Präsident genau das aus, was man sich in Washington wünscht ...

<https://kurz.rt.com/2wd0> bzw. [hier](#)

Igor Malzew: **Polens Premierminister Morawiecki ist stolz auf Polen als "Trendsetter" für überbordende Russophobie**

Die bizarre Russophobie, die momentan auf die Köpfe der Menschen im Westen niederprasselt, hat den Anschein schier transzendenter Entrückung von dieser einen Welt. Doch wenn eine Führungsriege beginnt, nur noch an die für andere bestimmte eigene Propaganda zu glauben, wird es erfahrungsgemäß richtig gefährlich. ...

<https://kurz.rt.com/2wbs> bzw. [hier](#)

Pjotr Swetow: **Russische Ermittler: Auf ukrainische Nazis warten gerechte Strafen für Folter und Mord an Gefangenen**

In Verbindung mit jüngstem Videomaterial von Folter und Mord an russischen Kriegsgefangenen durch ukrainische Rechtsextreme hat Russlands Ermittlungskomitee auf laufende Untersuchungen hingewiesen. Die Welt kenne die Gesichter der Kriegsverbrecher bereits jetzt, hieß es. ...

<https://kurz.rt.com/2w9a> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Ein paar Worte zu Butscha**

Der Westen ist sich schon einig in der Bewertung der Aufnahmen aus Butscha. Aber liegen die Dinge wirklich so klar auf der Hand? Gerade in einem Krieg ist es schwierig, die Wahrheit herauszufinden. Spontane Empörung führt oft in die Irre. Bilder von Toten sind allein noch kein Beweis für ein Verbrechen und die Täter. ...

<https://kurz.rt.com/2wfo> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:10 de.rt.com: **Anstieg der Ölpreise wegen des Ukraine-Kriegs: Irak meldet höchste Einnahmen bei Ölexporten seit 50 Jahren**

Nach dem Anstieg der Ölpreise wegen des Ukraine-Kriegs hat der Irak nach eigenen Angaben die höchsten Einnahmen mit Ölexporten seit 50 Jahren erzielt. Im März habe das Land mehr als 100 Millionen Barrel im Wert von 11,07 Milliarden Dollar (rund zehn Milliarden Euro) exportiert, teilte das irakische Ölministerium mit. Das seien die höchsten Einnahmen seit dem

Jahr 1972. Die Exporte hätten bei etwa 3,2 Millionen Barrel täglich gelegen. Kaum ein Land der Welt ist so stark abhängig von den Öleinnahmen wie der Irak. Der Ölsektor macht mehr als 90 Prozent des irakischen Staatshaushalts aus. Anders als den regionalen Nachbarn Kuwait oder den Vereinigten Arabischen Emiraten gelang es dem Irak bisher nicht, einen Teil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft in einem Staatsfonds zu sichern.

22:30 de.rt.com: **Lindner: "Wir sollten keine Sanktionen beschließen, die uns strategisch schwächen"**

Nach den beispiellosen Sanktionen der "Ampel"-Regierung gegen Russland findet in der deutschen Politik langsam ein Umdenken statt. Auch Finanzminister Christian Lindner scheint zu erkennen, dass ein Embargo russischen Öls und Gases vor allem Deutschland schaden würde.

Rückkehr zur Realität? Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat laut der Zeit davor gewarnt, wegen des Krieges in der Ukraine einen Boykott gegen russisches Gas und Öl zu verhängen und Energielieferungen nach Deutschland über Nacht zu stoppen. Er will zwar die Abhängigkeit von Russland so rasch wie möglich beenden, sagte Lindner am Samstag bei einem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Duisburg. Er unterstrich aber auch:

"Aber wir sollten von uns aus keine Sanktionen beschließen, die uns strategisch schwächen. [...] Putin wollen wir schwächen, nicht uns selbst."

Geld spiele bei diesen Überlegungen keine entscheidende Rolle, sondern Deutschland sei derzeit rein physikalisch nicht in der Lage, die hohe Abhängigkeit von fossiler Energie aus Russland zu kompensieren, so Lindner weiter. Nun solle eine Debatte über einen "fairen Welthandel im Kreis der liberalen Demokratien" entfacht werden. So könnte Deutschland etwa seine energiepolitischen Beziehungen zu Kanada ebenso vertiefen wie die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA.

Auch weiterhin werde es "Unterstützung" für die Ukraine geben – in Form von Waffenlieferungen. Historisch gesehen sei das für viele Deutsche schwierig, aber eines habe er in den vergangenen Wochen aber aus Gesprächen mit Ukrainern gelernt:

"Die deutsche Geschichte ist keine Entschuldigung, nichts zu tun, sondern gerade im Fall der Ukraine ist die deutsche Geschichte Ausdruck der Verantwortung, wirklich etwas zu tun und zu helfen."

Ergo sei der Angriffskrieg auf die Ukraine – freilich ohne "historisch" einen Blick auf die letzten 30 Jahre und die Rolle der NATO und der USA zu werfen – das Ende jeder Täuschung über die verbrecherischen Absichten des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Daraus schließt Lindner:

"Deshalb muss das Russland von Wladimir Putin politisch, finanziell und wirtschaftlich vollständig isoliert werden. [...] Putins Kriegskasse ist hart getroffen."

Zugleich betont Lindner laut dem Spiegel, dass er sich nicht an "ideologischen Debatten" – wie das Teile seiner Koalitionspartner von SPD und Grünen wollen – über Tempolimits oder Fleischverzicht beteiligen wolle, um die Auswirkungen des Krieges zu schmälern. Durch die Corona-Krise hätten die Verbraucher ihr Konsumverhalten sowieso schon geändert. Die Aufgabe des Staates sei in einer solchen Situation nicht, Befürchtungen und Ängste weiter zu befeuern. Aufgabe der Politik sei es vielmehr, Kapazitätsengpässe zu überwinden, meint der 43-Jährige.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6248a3c148fbef4b9d6c9394.jpg>

22:32 de.rt.com: **Wurden 50 russische Kriegsgefangene kastriert?**

Der russische Journalist und mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete Kriegsreporter Jewgeni Poddubny berichtet soeben auf seinem Telegram-Kanal Unfassbares. Er schreibt:

"Wir haben 50 ukrainische Kriegsgefangene, die in unserem Krankenhaus in Belgorod behandelt worden waren, gegen unsere (Kriegsgefangene) ausgetauscht. Den Unsrigen wurden die Finger abgehackt und die Geschlechtsorgane abgeschnitten. Die Krankenschwestern ruhen sich drei Tage lang nicht aus, sie weinen und müssen bandagiert werden. Die Jungs sind alle vereitert."

Mitte März hatte der Gründer und Aufsichtsratschef des ukrainischen Dienstes für mobile (Militär-)Hospitäler Gennadi Drusenko russische Kriegsgefangene in einer Live-Schaltung im Sender Ukraine 24 "Kakerlaken" genannt und versprochen, sie kastrieren zu lassen. Wenn Poddubny mit seinem Bericht Recht behält, dann wurde dieses kriegsverbrecherische "Versprechen" umgesetzt.

0:56 (23:36) novorosinform.org: **Selenskij schloss es aus, die Gebiete der Ukraine um des Friedens willen aufzugeben**

In einem Interview mit FoxNews machte der ukrainische Präsident deutlich, dass er Russland gegenüber keine Zugeständnisse machen wolle.

Kiew beabsichtigt nicht, um des Friedens mit Russland willen Gebiete aufzugeben. Dies erklärte der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender FoxNews.

Ihm zufolge seien die ukrainischen Behörden nicht bereit, um ihr Territorium zu "handeln".

„Die Frage der territorialen Integrität und Souveränität wird nicht diskutiert. Wir schließen es völlig aus, Gebiete für ein Friedensabkommen aufzugeben“, sagte Selenskij.

So machte der ukrainische Präsident deutlich, dass das offizielle Kiew nicht beabsichtigt, die Krim und den Donbass anzuerkennen, sondern "bis zum letzten Ukrainer" kämpfen werde.



https://novorosinform.org/content/images/23/08/42308_720x405.jpg

vormittags:

7:30 de.rt.com: **Polens Vize-Regierungschef offen für Stationierung von US-Atomwaffen**
Polens Vize-Regierungschef Jaroslaw Kaczynski ist offen für eine Stationierung amerikanischer Atomwaffen in seinem Land. Der nationalkonservative Politiker der Welt am Sonntag:

"Wenn die US-Amerikaner uns bitten würden, US-Atomwaffen in Polen einzulagern, so wären wir dafür aufgeschlossen. Es würde die Abschreckung gegenüber Moskau deutlich verstärken."

Im Moment stelle sich diese Frage nicht, "aber das kann sich bald ändern". Die Initiative müsste von den US-Amerikanern ausgehen, sagte er. Aber grundsätzlich ergebe es Sinn, die nukleare Teilhabe auf die NATO-Ostflanke auszuweiten. Auch würde es Polen nach Kaczynskis Worten begrüßen, wenn die Amerikaner künftig ihre Präsenz in Europa von derzeit 100.000 Soldaten auf 150.000 Soldaten erhöhen würden. Davon sollten nach seiner Ansicht 75.000 Soldaten fest an der Ostflanke, also an den Grenzen zu Russland, stationiert werden, 50.000 Soldaten alleine im Baltikum und in Polen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624932e048fbef54e17ee2fa.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Italienische Antifaschisten besuchten den Donbass im Rahmen einer humanitären Mission.

Der Leiter der Antifaschistischen Karawane (Italien) David Cacchione und Unterstützer besuchten ein weiteres Mal den Donbass. Sie übergaben Kindergärten und bedürftigen Familien der Donezker und Lugansker Volksrepublik humanitäre Hilfe. Die Antifaschisten unterstrichen, dass sie auch vorhaben, den Einwohnern Italien objektive Informationen über das Geschehen im Donbass zu vermitteln.

Übersetzung der russischen Untertitel des [Videos](#):

19.3.2022: Manifestation in Italien gegen die Lieferung von Waffen an die Ukraine und die Beteiligung des Landes an NATO-Einsätzen.

David Cacchione: „Wir sind hierher gekommen, um die realen Ereignisse zu erfahren, die hier geschehen. Es ist so, dass die Medien nur von einer „russischen Aggression“ sprechen. Für ist das keine russische Aggression. Es ist das einzige Mittel, das Volk des Donbass zu verteidigen. Andere Möglichkeiten gab es nicht. Das Volks des Donbass lebt seit 8 Jahren unter Beschuss. Der Krieg hat nicht vor drei Wochen begonnen. Derzeit kehrt die Bevölkerung in den befreiten Gebieten wohl schon zu einem normalen Leben zurück. Weil es sehr schwer ist mit Besatzern in seinem Land zu leben, das ist sehr schwer. Wir haben Menschen kennengelernt, die festgenommen und gefoltert wurden. Sie sagen, dass endlich das russische Volk kam, um ihnen zu helfen.“

Italienische Antifaschisten haben Kindergärten und bedürftigen Familien der Donezker und Lugansker Volksrepublik humanitäre Hilfe übergeben.

David Cacchione: „Jetzt veröffentlichen wir Videos und Informationen darüber, was hier geschieht. Natürlich erledigen wir unsere Sache, aber die Medien befinden sich fast vollständig in den Händen der US-Regierung und der NATO. Das ist sehr schwierig. Aber wir sind viele Male hier gewesen, um das Geschehen zu erfahren und wir sind jetzt hier.“

8:00 de.rt.com: Nach Abzug der russischen Truppen: Fotos von Leichen auf Straßen der Stadt Butscha veröffentlicht

Nach dem Abzug der russischen Truppen aus Butscha in der Nähe von Kiew haben AFP- und Reuters-Journalisten die Stadt besucht. Nach ihren Angaben erblickten sie Dutzende Leichen von Menschen in ziviler Kleidung auf den Straßen. Etwa 20 tote Männer sollen sie allein auf einer Straße aufgezählt haben. In einem Telefongespräch mit Journalisten soll der Bürgermeister der Stadt mitgeteilt haben, zuvor seien in einem Massengrab schon etwa 280 Menschen begraben worden. Derzeit lässt sich nicht unabhängig prüfen, was tatsächlich in Butscha vorgefallen ist. Human Rights Watch erklärte, sie habe Beweise für Kriegsverbrechen in Butscha gesammelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624932b0b480cc2080577b32.jpg>

8:14 de.rt.com: **Wegen geheimer Gespräche über Gaslieferung aus Kurdistan an Europa: Iran nahm Erbil ins Visier**

Iran feuerte zwölf Raketen auf eine Villa in Erbil ab. Reuters berichtet nun, dass geheime Gespräche zwischen US- und israelischen Beamten zur möglichen Erdgaslieferungen aus dem Nordirak nach Europa Teheran zu dem Angriff als Abschreckung veranlasst hätten.

Iran hatte Mitte März zwölf ballistische Raketen vom Typ Fateh-110 auf ein mutmaßliches "Mossad-Büro" in der Stadt Erbil abgefeuert. Die Iranische Revolutionsgarde (IRGC) übernahm die Verantwortung für den Raketenangriff auf Erbil und behauptete, eine Reihe "israelischer Agenten" sei bei dieser Operation getötet oder verletzt worden. Es gab seither zahlreiche Spekulationen darüber, warum Iran diese Villa in der Nähe der US-Einrichtungen ins Visier genommen hatte.

In einer veröffentlichten Erklärung deutete die Iranische Revolutionsgarde an, dass die Operation eine Reaktion auf den jüngsten israelischen Luftangriff auf die syrische Hauptstadt Damaskus gewesen war, bei dem zwei IRGC-Offiziere getötet worden waren. Später machten Berichte die Runde, dass der iranische Angriff eine Vergeltungsmaßnahme für einen Drohnenangriff auf einen iranischen Luftwaffenstützpunkt durch den Mossad im Februar von Nordirak aus gewesen war. Bei diesem Angriff soll Israel eine große Zahl, möglicherweise Hunderte von iranischen Militärdrohnen zerstört haben.

Nun enthüllte Reuters, dass Gespräche zwischen US-amerikanischen und israelischen Beamten in Erbil zur möglichen Erdgaslieferungen aus dem Nordirak an Europa Iran veranlasst hätten, als Abschreckungsmaßnahme einen Angriff in der Autonomen Region Kurdistan durchzuführen. Reuters behauptet, dass in letzter Zeit geheime Verhandlungen geführt worden seien, um mögliche Erdgaslieferungen aus dem Nordirak über die Türkei nach Europa zu erörtern.

Zwei türkische Beamte bestätigten, dass entsprechende Gespräche geführt worden seien, obwohl sie nicht sagten, wo sie stattgefunden hätten. Ein irakischer Sicherheitsbeamter sagte jedoch, dass in der von Iran angegriffenen Villa mindestens zwei Treffen von US-amerikanischen und israelischen Energiespezialisten stattgefunden hätten. Diese Villa soll Baz Karim Barzanji gehört haben, einem kurdischen Geschäftsmann aus dem Energiesektor. "Es gab kürzlich zwei Treffen zwischen israelischen und US-Energiebeamten und Spezialisten in der Villa, um den Transport kurdischen Gases in die Türkei über eine neue Pipeline zu besprechen", wurde der irakische Sicherheitsbeamte zitiert. Die Türkei soll auch dieses Vorhaben unterstützt haben.

Barzanjis Energieunternehmen "KAR-Gruppe" baute und verwaltet eine inländische Pipeline in der kurdischen Region, so ein Beamter der kurdischen Präsidentschaft. Es besitzt ein Drittel der Ölexportpipeline der Region im Rahmen eines Pachtvertrags. Die irakischen und türkischen Beamten erklärten Reuters, sie glauben, dass der Angriff eine Botschaft bezüglich der militärischen Fähigkeiten Irans an die US-Verbündeten in der Region senden sollte, dass aber der Gaspipeline-Plan der Hauptgrund für die Operation Irans gewesen sei.

Teheran toleriert offenbar keine Gasförderungen durch die autonome kurdische Regierung im Irak. Der Gasexportplan könnte unter anderem den Platz Irans als wichtiger Gaslieferant für den Irak und die Türkei bedrohen, während seine Wirtschaft weiterhin unter internationalen Sanktionen leidet.

Die USA hatten vergeblich von den arabischen OPEC-Ländern gefordert, deren Produktion angesichts des Ukraine-Krieges zu erhöhen. Bislang kamen die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien der Bitte nicht nach. Der Westen sucht schon nach alternativen Quellen, um ein Ölembargo gegen Russland umsetzen zu können.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246e0d648fbef603545b9a6.jpg>

8:15 de.rt.com: Russisches Militär öffnet Fluchtkorridore in Mariupol und Berdjansk für Ausländer

Das russische Militär hat für Sonntag die Öffnung von Fluchtkorridoren für Ausländer aus den Hafenstädten Mariupol und Berdjansk am Asowschen Meer angekündigt. In der Nacht soll Generalmajor Michail Misinzew gegenüber TASS mitgeteilt haben, Ausländer könnten die schwer umkämpfte Hafenstadt Mariupol in Richtung Berdjansk verlassen.

Auch die in der Hafenstadt Berdjansk lebenden ausländischen Staatsbürger dürften das Gebiet verlassen – entweder auf dem Landweg über die Krim oder zu den ukrainischen kontrollierten Gebieten. Bei diesen Ausländern handelt es sich überwiegend um Besatzungsmitglieder von Frachtschiffen, die in den beiden Häfen seit Kriegsbeginn blockiert sind. Die ukrainische Führung wurde aufgefordert, die Sicherheit der Fluchtkorridore zu garantieren.

Die Entscheidung folgt nach einigen Angaben einem Appell des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan an Wladimir Putin.

8:35 de.rt.com: WSJ: Bundeskanzler Scholz schlug Selenskij noch Mitte Februar vor, auf NATO-Mitgliedschaft zu verzichten – Ukraine lehnte Vorschlag ab

In einem großen Artikel zu den Hintergründen des Ukraine-Krieges hat das Wall Street Journal unter Berufung auf informierte Quellen mitgeteilt, dass sich Bundeskanzler Olaf Scholz angeblich noch Mitte Februar an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij mit dem Vorschlag gewandt habe, im Rahmen einer umfassenden Sicherheitseinigung zwischen Europa und Russland auf den NATO-Beitritt zu verzichten und eine Neutralität auszurufen.

Demnach sollten Joe Biden und Wladimir Putin ein Abkommen über gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa unterzeichnen. Das Gespräch soll am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz stattgefunden haben. Selenskij lehnte den Vorschlag ab und erklärte die Entscheidung dadurch, dass die Mehrheit der Ukrainer eine NATO-Mitgliedschaft wolle.

Außerdem könne man Putin in solchen Vereinbarungen nicht vertrauen, soll der ukrainische Präsident angeblich gesagt haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62493aee48fbef4e7478bcb4.jpg>

9:15 de.rt.com: **Medinski: Kiew verhält sich gegenüber Neutralität "realistischer" – Delegationen setzen Arbeit am Vertrag fort**

Chef der russischen Delegation bei den Verhandlungen mit der ukrainischen Seite, Wladimir Medinski, hat am Sonntag gegenüber Medien erklärt, nach seinem Eindruck verhalte sich Kiew jetzt bezüglich eines neutralen Status des Landes "realistischer". Die Einigung sei aber noch nicht fertig, um von den Staatschefs unterzeichnet zu werden. Die Delegationen und Experten würden Medinski zufolge am Montag die Arbeit am Text und konkreten Punkten des Vertrages fortsetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6249407348fbef54e17ee2ff.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 3.4.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **27 Zivilisten verletzt**. 5 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur

werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 78 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, 2 Schützenpanzer, eine Mannschaft eines Abwehrgeschützes SU-23-2, 3 Panzerfahrzeuge und einen Lastwagen vernichtet. Ein Panzerfahrzeug, 2 120mm-Mörser 2B11 und ein Lager mit Waffen und Munition, darunter auch solche ausländischer Herkunft, wurden eingenommen.

15 Soldaten der 54., der 56. und der 25. Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen. Ich empfehle allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

Seit 00:00 am 3. April 2022 besteht ein humanitärer Korridor aus Mariupol nach Berdjansk. Die Streitkräfte der Russischen Föderation und der Donezker Volksrepublik garantieren auch die genaueste Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ auf der Route. Aus Berdjansk können ausländische Bürger über jede beliebige humanitäre Route evakuiert werden: über Straßen in die Republik Krim oder auf das vom Kiewer Regime kontrollierte Territorium, über See in die von ihnen gewählte Richtung.

9:40 de.rt.com: **Chef ukrainischer Delegation: Russland akzeptierte ukrainischen Vertragsvorschlag – Krim aber Stein des Anstoßes**

Nach den Worten des Chefs der ukrainischen Delegation, David Arachamia, hat die russische Seite bei den Verhandlungen in Istanbul mündlich den Vorschlägen der Ukraine für den Friedensvertrag zugestimmt. Russland sei angeblich mit allen Punkten einverstanden, außer dem der Krim-Frage.

Kiew schlug bei den Gesprächen vor, die Verhandlungen über den Krim-Status für die nächsten 15 Jahre anzusetzen, wobei sich beide Seiten verpflichten, den Streit nicht mit militärischen Mitteln lösen zu wollen. Moskau besteht auf die Anerkennung der Halbinsel als Teil Russlands.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6249517548fbef54e17ee316.jpg>

10:25 de.rt.com: **Briefing des russischen Verteidigungsministeriums: Raffinerie-Werk zerstört**

Auf dem Briefing am Sonntag teilte das Verteidigungsministerium Russlands mit, die russischen Streitkräfte hätten am Morgen mit hochpräzisen see- und luftgestützten Raketen eine Ölraffinerie und drei Lagerstätten für Treib- und Schmierstoffe in der Nähe der Stadt Odessa zerstört. Außerdem sollen zwei ukrainische Drohnen abgeschossen worden sein. Im Netz hatten sich Aufnahmen von den russischen Raketenschlägen auf Odessa verbreitet. Nach vorläufigen Angaben des ukrainischen Militärs gab es keine Toten.

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 03.04.2022

Bei den Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

20 Mann;

3 Schützenpanzer;

2 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 9 Geschosse mit Artillerie des Kalibers 122mm auf das Territorium der Republik abgefeuert, zwei Ortschaften gerieten unter Beschuss.

Infolge des Beschusses auf Donezkij wurden ein Haus und vier Wirtschaftsgebäude zerstört.

Infolge des Beschusses auf Perwomajsk wurde **eine Frau, geb. 1985, verletzt**, 2 Wohnhäuser und 5 Wirtschaftsbäude sowie der Kindergarten „Kolobok“ wurden zerstört oder beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die

Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.

Die Volksmiliz der LVR hat gemeinsam mit der gesellschaftlichen Bewegung

„Gesamtrussische Volksfront“ humanitäre Hilfe für die Einwohner der frontnahen Ortschaften Donezkij, Golubowskoje und Beresowskoje geliefert.

Die Volksmiliz der LVR setzt die Evakuierung friedlicher Einwohner in sichere Bezirke der LVR fort.

10:45 de.rt.com: Russland pumpt weiter Gas durch Ukraine

Das russische Unternehmen Gazprom setzt nach eigenen Angaben seine Gaslieferungen durch die Ukraine in Richtung Westen in großem Umfang fort. Ungeachtet des Krieges sollen an diesem Sonntag 108,4 Millionen Kubikmeter durch das Leitungssystem des Nachbarlands gepumpt werden, wie das Unternehmen der Nachrichtenagentur Interfax zufolge mitteilte.

Dies entspricht nach russischen Angaben der bestellten Menge. Am Samstag waren es Gazprom zufolge 108,1 Millionen Kubikmeter. Die vertraglich mögliche maximale Auslastung liegt bei 109 Millionen Kubikmeter.

Damit gingen auch am Wochenende nach der Umstellung der Zahlungen auf Rubel die

russischen Lieferungen weiter. Der Präsident Russlands, Wladimir Putin, hatte angewiesen, Gas an westliche Staaten nur noch gegen Rubel zu verkaufen, was diese jedoch ablehnten.

Daraufhin erließ Putin ein Dekret, das westliche Kunden seit Freitag verpflichtet, ein Rubel-Konto bei der Gazprombank zu eröffnen und die Zahlungen darüber abzuwickeln. Die Ukraine bezieht aus dem Transit des russischen Gases für den eigenen Staatshaushalt wichtige Einnahmen in Milliardenhöhe.

nachmittags:

13:15 (12:15) rusvesna.su: **Ukrainische Kriegsgefangene arbeiten zugunsten der DVR in Mariupol**

Ukrainische [Kriegsgefangene](#) arbeiten zugunsten der DVR in Mariupol, säubern die Straßen, sammeln Müll, unternehmen die ersten Schritte beim Wiederaufbau der Stadt.

Die Erfahrung des Großen Vaterländischen Krieges wurde genutzt, als die Deutschen die von ihnen zerstörten Städte wiederherstellten.

Unter den "Arbeitsgruppen" gibt es Kiewer, Einwohner von Sumy und sogar aus dem Donbass.

„Normale Menschen“, sagt ein Soldat der DVR-Armee. „Sie waren nicht vorbereitet, sie wurden wie Fleisch hingeworfen, sie wurden gefangen genommen, sie ergaben sich. Die Einstellung zu ihnen ist normal, sie bekommen zu Essen und zu Trinken, sind ganz normale Menschen.“

„Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die neuen Gefangenen einsetzen. Es gibt viel Arbeit in der Stadt“, schreibt der Kriegskorrespondent Alexander Sladkow.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_plachet.jpg

13:10 de.rt.com: **Explosion in der Oblast Belgorod – Keine Verletzten, Untersuchungen am Ort begonnen**

Im Dorf Tomarowka in der Oblast Belgorod gab es laut Berichten eine laute Explosion. Im Umfeld sollen auf dem Boden bislang nicht näher identifizierte Bruchstücke gefunden worden sein. Der Chef des Bezirks, Oleg Medwedew, meldete keine Verletzten und teilte mit, der Ort sei für die Durchführung von Untersuchungen geschlossen worden. Es bestehe keine Gefahr für die Einwohner, betonte er.

Laut Berichten der Dorfbewohner selbst handelte es sich um eine Rakete, die durch das Raketenabwehrsystem abgefangen worden sei.

13:27 de.rt.com: **Peskow: "Während Europa sich in die Knie schießt, scheffelt Washington Geld"**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow hat in einem längeren Interview für das weißrussische Staatsfernsehen Fragen zur Türkei, der NATO, der wirtschaftlichen Irrationalität der Westeuropäer, ethnisch diskriminierenden Biowaffen, die in ukrainischen Laboren entwickelt wurden, und der Zukunft von RuTube beantwortet.

Der Pressesprecher des russischen Präsidialamtes Dmitri Peskow hat dem Staatsfernsehen

Weißrusslands ein längeres Interview gegeben. Es wurde am Sonnabend im Sender Belarus 1 ausgestrahlt und per Videohosting durch das russische Präsidialamt veröffentlicht.

Zentrale Themen des Interviews waren die Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland sowie zur Ukraine, der Türkei und zum Westen. Die weißrussische Reporterin, die das Gespräch führte, zeigte sich enttäuscht darüber, dass die russisch-ukrainischen Verhandlungen aus Weißrussland in die Türkei verlegt wurden. Diesen Schritt begründete Peskow mit der Haltung der Ukraine. Es sei bereits schwer gewesen, die Rahmenbedingungen für die beiden bereits an der weißrussischen Grenze abgehaltenen Verhandlungsrunden abzustimmen. Die Vertreter der Ukraine wollten nun keinen weiteren Verhandlungen im Nachbarland mehr zustimmen.

Aus russischer Sicht sei jedoch wichtig, dass die russisch-ukrainischen Verhandlungen fortgesetzt werden, betonte Peskow. Man sei daran interessiert, die Ziele der militärischen Operation in der Ukraine möglichst schnell und unter möglichst geringen Verlusten beider Seiten zu erreichen.

Die Ukraine sei für Russland und Weißrussland ein schwieriger Nachbar und in ihrem derzeitigen Zustand ein feindliches Land. Sie strebe den Beitritt zur NATO an, die nach Überzeugung des russischen Präsidentensprechers auf Aggression gegen Russland ausgerichtet sei. Sie habe die Installation von Infrastruktur auf ihrem Territorium ermöglicht, die Russland und Weißrussland gefährdet, die Ausbreitung einer nazistischen Ideologie zugelassen, russische und weißrussische Medien verboten und die russische Sprache unter Druck gesetzt.

Auch Weißrussland gegenüber sei die Ukraine feindlich gesinnt, wie die Ereignisse der zwei zurückliegenden Jahre gezeigt hätten.

Die Türkei sei, so Peskow, eine große Regionalmacht, die mit Russland in einzelnen Politikbereichen komplett unvereinbare Positionen einnehme. Derzeit dominiere in den russisch-türkischen Beziehungen jedoch die Partnerschaft. In Moskau sei man froh, dass Erdoğan die Interessen des eigenen Landes vertritt und sie nicht den Interessen Washingtons unterordnet:

"Von allen NATO-Staaten ist die Türkei am souveränsten. Sie wagt es, Washington zu widersprechen, folgt nicht den Sanktionen und will nicht alle Brücken zu uns abreißen", sagte Peskow. Anders dagegen die Europäer:

"Alle Europäer laufen im Mainstream, aber auf eigene Rechnung. Und das Geld (die Profite) kriegt Washington. Washington macht Profite und die Europäer schießen sich in die eigenen Knie, nur um Russland zu ärgern."

Auf die Biolabore angesprochen, die die USA und die NATO in der Ukraine betrieben haben sollen, wies Peskow darauf hin, dass es diese Biolabore nicht nur in der Ukraine gebe. Wie eine Schlinge habe der Westen ein ganzes Netzwerk von Biolaboren um Russland, Weißrussland und China gelegt.

Das Schlimmste sei, dass dort nicht nur an "gewöhnlichen" Krankheitserregern und landwirtschaftlichen Schädlingen gearbeitet wurde, sondern an einer komplett neuen Gattung von Biowaffen, die ihre Wirkung ethnisch diskriminieren können, die also nur bestimmte Ethnien angreifen und töten. Die Wahrheit darüber werde nun "dosiert" publik gemacht, bis Washington einsieht, dass Russland alles über diese Biowaffen und das amerikanische Biowaffen-Programm bekannt sei.

Politische Experten in Russland betonen, dass bei dem Thema der Entnazifizierung der Ukraine sowohl die Fragestellung der weißrussischen Reporterin als auch die Antwort Peskows einen Blick auf die Absichten und nächsten Pläne Russlands erlauben. So formulierte die Reporterin ihre Frage wie folgt:

"Ist es überhaupt noch möglich, die zentrale und östliche Ukraine von faschistischen Ideen zu säubern?"

An dieser Fragestellung fällt bereits auf, dass die westliche Ukraine keine Erwähnung findet.

Der Schriftsteller und Politikexperte Lew Werschinin kommentiert dies so:

"Da in einem Interview dieses Niveaus jedes Wort in den Fragen und Antworten vorab detailliert abgestimmt wird, kann man davon ausgehen, dass Moskau bereit ist, die westlichen Regionen der ehemaligen Ukraine ziehen zu lassen."

So beantwortet Peskow schließlich die Frage nach der Entnazifizierung der zentralen und östlichen Ukraine:

"Der Nazismus wurde von den (ukrainischen) Behörden aufgezwungen und gefördert. Aber wir erwarten und hoffen immer noch, dass derartige Manifestationen nationalistischen Gedankenguts in der Ukraine auf die eine oder andere Weise verboten werden. Wir hoffen, dass die russische Sprache ihre Stellung in der Ukraine wiedererlangen wird. Wir hoffen, dass die Ukraine ein freies Land in Bezug auf den Informationsfluss wird. Und dass die Ukrainer dann zumindest zwischen ukrainischen, russischen und belarussischen Medien wählen können und sich ihre eigene Meinung darüber bilden, was gut und was schlecht ist. Und im Ergebnis all dessen hoffen wir, dass all diese nationalistischen Vorlieben der Ukrainer langsam aussterben werden."

Zu den Aussichten auf eine Besserung der Beziehungen zu Europa sagte der Präidentensprecher, dass diese nur langfristig zu erwarten seien. Zuerst müsse Europa den amerikanischen Einfluss zurückdrängen, was Peskow bildlich mit "vom amerikanischen Bourbon ausnüchtern" umschrieb. Was sich nach seiner Auffassung jedoch wohl nie ändern werde, sei die europäische Verlogenheit und Heuchelei:

"Doppelte Standards im Westen gab es immer und wird es immer geben. Das ist die Ideologie (der Europäer), das ist der Arbeitsstil unserer Widersacher. (...) Es hilft nur eins: Geduldig und standhaft die eigenen Interessen zu vertreten."

Gas für Rubel sei, so der Sprecher des russischen Präsidenten, nur der Beginn, der erste Schritt einer größeren Entwicklung:

"Der Prozess der Dedollarisierung lässt sich nicht mehr aufhalten."

Zum Schluss des Interviews gestand Peskow, dass er VPN nutze und damit die russischen Beschränkungen im Internet umgehe. "Dies ist nicht verboten", rechtfertigte er sich. Es werde derzeit eifrig an einer Verbesserung der russischen Videohostings gearbeitet, insbesondere werden nun in die Modernisierung von RuTube Milliarden investiert. Noch im April soll es eine neue, benutzerfreundlichere und leistungsfähigere Version dieses Videohostings geben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62498346b480cc28de665a0c.jpg>

13:35 de.rt.com: **Russische Menschenrechtsbeauftragte inspiziert Unterbringungsorte ukrainischer Kriegsgefangener auf der Krim**

Die Menschenrechtsbeauftragte der Russischen Föderation, Tatjana Moskalkowa, hat sich im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in der Autonomen Republik Krim mit den Bedingungen der

Unterbringung ukrainischer Militärangehöriger vertraut gemacht, die im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine gefangen genommen wurden.

Während ihres Besuchs an den Unterbringungsorten vergewisserte sich die Ombudsfrau persönlich, dass die ukrainischen Gefangenen, die auf dem Territorium der Russischen Föderation festgehalten werden, mit allem versorgt werden, was sie benötigen.

"Alle Gefangenen, die in Russland inhaftiert sind, erhalten wenn erforderlich hochqualifizierte medizinische Hilfe",

sagte sie im Ergebnis ihrer Besichtigungstour. Alle Gefangenen erhielten regelmäßige Mahlzeiten, Zugang zur persönlichen Hygiene und adäquate Kleidung. Spaziergänge im Freien werden ermöglicht. Jeder Gefangene erhält die Möglichkeit, mit seinen Angehörigen Kontakt aufzunehmen.

"Die Bedingungen der Inhaftierung von Gefangenen in unserem Land stehen in strikter Übereinstimmung mit dem internationalen Recht", resümierte Moskalkowa.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62497fccb480cc46cb540699.jpg>

15:04 (14:04) rusvesna.su: **Puschilin kommentierte die Gründung des Staatlichen Verteidigungskomitees der DVR**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, kommentierte die Einrichtung des Staatlichen Verteidigungskomitees in der Republik.

„Das Staatlichen Verteidigungskomitee, das zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges als Notstandsorgan geschaffen wurde, leitete die militärischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der UdSSR von einem Zentrum aus.

Eine solche direkte Steuerung ermöglichte eine Effizienz und Koordination aller Strukturen bei der Lösung einer Vielzahl von Aufgaben. Dies trug wesentlich zum Sieg bei.

In Anlehnung an die besten Erfahrungen unserer Großväter und Urgroßväter im Kampf gegen den Nazismus wurde in der Republik das Staatlichen Verteidigungskomitee gegründet – ich habe das entsprechende Dekret unterzeichnet.

Die Beteiligung der Leiter aller Regierungsbereiche sowie der Strafverfolgungs- und Rettungsdienste wird die Wirksamkeit von Entscheidungen erhöhen, deren Geschwindigkeit heute das Schicksal einer großen Anzahl von Menschen bestimmt“, sagte er.

Wie Russkaja Wesna berichtete, hat das Oberhaupt der DVR heute ein Dekret über die Gründung des Staatlichen Verteidigungskomitees unterzeichnet, das mit dem Datum der Unterzeichnung in Kraft tritt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_glava_dnr_denis_pushilin_0.jpg

dan-news.info: Die Tätigkeit des Staatlichen Komitees für Verteidigung (SKV) der DVR wird die Effektivität und die Schnelligkeit der Entscheidungsfindung verbessern, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

„Die Beteiligung von Leitern aus allen Bereichen der Staatsmacht sowie der militärischen und Zivilschutzbehörden wird es erlauben, die Effektivität und Schnelligkeit des Treffen von Entscheidungen, wovon heute das Schicksal einer enormen Zahl von Menschen abhängt, verbessern“, sagte er.

Er erinnerte daran, dass die Tätigkeit eines analogen Organs in der Sowjetunion in der Zeit des Großen Vaterländischen Kriegs es erlaubt, Operativität und Koordination in der Arbeit der staatlichen Strukturen zu erreichen und einen erheblichen Beitrag zum Sieg des Jahres 1945 leitete.

Das Komitee wird die Handlungen der Staatsorgane unter den Bedingungen der Spezialoperation zur Befreiung des Donbass koordinieren, u.a. im Bereich der Verteidigung, der Staatssicherheit und der inneren Angelegenheiten. Das SKV hat auch die Aufgabe die Streitkräfte der Republik mit einer materiell-technischen Basis zu versorgen, die Wirtschaft und die militärischen Bedürfnisse zu überführen, die Versorgung mit Lebensmitteln zu kontrollieren, finanzielle Ressourcen zu verteilen. Das staatliche Komitee leitet das Oberhaupt der DVR.

14:10 de.rt.com: DVR: Elf Zivilisten beim Beschuss durch ukrainische Armee verletzt

Elf Zivilisten sind in Mariupol in den Bezirken, die sich unter Kontrolle der Truppen der Volksrepublik Donezk befinden, durch Beschuss vonseiten der ukrainischen Armee verletzt worden, teilte am Sonntag die DVR-Mission im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands mit. Die Verwundeten würden in medizinischen Einrichtungen der DVR behandelt, so die Vertretung.

14:11 de.rt.com: Pakistan: Premier Khan kündigt vorgezogene Wahlen an – Armeechef will mehr Nähe zu USA

Pakistans Premierminister Imran Khan kündigt vorgezogene Wahlen an. Ein Misstrauensvotum gegen ihn wurde unerwartet als verfassungswidrig zurückgewiesen. Während die Opposition Proteste dagegen anmeldete, forderte Pakistans Armeechef, General Bajwa, derweil engere Beziehungen zu den USA.

Der pakistanische Premierminister Imran Khan hat überraschend vorgezogene Wahlen angekündigt. Zuvor hatte der stellvertretende Parlamentssprecher unerwartet am Sonntag ein Misstrauensvotum gegen Khan als verfassungswidrig zurückgewiesen und es nicht durchgeführt.

Die PTI-Partei von Khan verlor letzte Woche ihre Mehrheit in der Nationalversammlung, als sieben Abgeordnete ihres Koalitionspartners entschieden, sich der Opposition anzuschließen. Die Kontrahenten des Premierministers beharrten darauf, dass sie dadurch eine reale Chance hätten, Khan, der seit 2018 im Amt ist, zu entmachten.

Doch der stellvertretende Parlamentspräsident Qasim Khan Suri erklärte den Misstrauensantrag der Opposition überraschend für ungültig und begründete dies mit "Einmischung aus dem Ausland". Imran Khan, der behauptet, es gebe eine von den USA angeführte "internationale Verschwörung", um ihn zu stürzen, wandte sich anschließend in einer Fernsehansprache an die Nation und forderte die Bürger auf, sich "auf Wahlen vorzubereiten". An die Bevölkerung gerichtet, sagte er:

"Sie werden über die Zukunft dieses Landes entscheiden, nicht die Korrupten oder die Ausländer."

Die Opposition will die Entscheidung zum Misstrauensvotum allerdings nicht hinnehmen und verkündete gleich nach der Videoansprache, einen Sitzstreik im Parlament abhalten zu wollen. Wenig später spitzte sich die innenpolitische Lage weiter zu. Der pakistanische Präsident Arif Alvi löste das Parlament des Landes auf. Alvi habe dem Rat des Premierministers Imran Khan zugestimmt, die Nationalversammlung aufzulösen, hieß es in einer Erklärung des Sekretariats des Präsidenten am Sonntag. Die Opposition will nun den Obersten Gerichtshof in der Sache anrufen.

Während innenpolitisch derzeit ein Machtkampf ausgetragen wird, meldete sich am Samstag der einflussreiche Oberbefehlshaber der pakistanischen Armee, General Qamar Javed Bajwa, zu Wort und deutete den Wunsch zu einer Kurskorrektur in der Außenpolitik an. Er erklärte, sein Land unterhalte "ausgezeichnete" Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und wolle diese ausbauen, ohne die ebenfalls wichtigen strategischen Beziehungen zu China zu gefährden. General Bajwa erklärte auf einem Sicherheitsforum in Islamabad:

"Wir haben eine lange und ausgezeichnete strategische Beziehung zu den USA, die nach wie vor unser größter Exportmarkt sind."

Pakistan unterhalte auch enge strategische Beziehungen zu China, "was sich in unserem Bekenntnis zu dem pakistanisch-chinesischen Wirtschaftskorridor zeigt", so der pakistanische Armeechef weiter. Man wolle die Beziehungen zu beiden Ländern vertiefen und auszubauen, "ohne das Verhältnis zu dem jeweils anderen Land zu gefährden", so der Armeechef weiter.

In seiner Rede wich der General insbesondere von der Neutralitätsposition des Premierministers Khan in Bezug auf den russisch-ukrainischen Konflikt ab. Er erkannte zwar die "legitimen Sicherheitsbedenken Russlands" an, betonte jedoch, dass Moskaus "Aggression gegen ein kleineres Land nicht geduldet werden kann".

"Pakistan hat stets einen sofortigen Waffenstillstand und die Einstellung der Feindseligkeiten gefordert. Wir unterstützen den sofortigen Dialog zwischen allen Seiten, um eine dauerhafte Lösung für den Konflikt zu finden", erklärte Bajwa und fügte hinzu, dass die "russische Invasion gegen die Ukraine ... eine große Tragödie ist, die sofort beendet werden muss."

Premierminister Khan hatte in den vergangenen Wochen wiederholt behauptet, dass eine "vom Ausland unterstützte Verschwörung" hinter dem Versuch stehe, ihn zu stürzen, und wies darauf hin, dass diese mit ausländischen Geldern in Millionenhöhe finanziert werde und "unser Volk benutzt wird".

Er deutete an, dass seine Weigerung, sich den USA und der NATO bei der Verurteilung der russischen Militäroperation in der Ukraine anzuschließen, der Auslöser für dieses Komplott gewesen sei.

Informationsminister Fawad Ahmed Chaudhry behauptete am Freitag, die Sicherheitsbehörden des Landes würden von einem Attentatsplan auf Khan berichten, was bereits die zweite Behauptung dieser Art in dieser Woche war. PTI-Chef Faisal Vawda hatte zuvor behauptet, Khans Weigerung, "das Land zu verkaufen", stecke hinter dem Vorhaben, ihn töten zu lassen.

Pakistan blickt auf eine lange Geschichte von Staatsstreichen zurück und stand fast die Hälfte seines Bestehens unter Militärherrschaft. Kein pakistanischer Premierminister hat jemals eine volle Amtszeit vollendet. Khan soll sich zudem mit der einflussreichen Militärspitze zerstritten haben.

Die Opposition wiederum warf Khan schlechte Regierungsführung und Inkompetenz in Wirtschaftsfragen vor. Zuletzt waren die Preise für Lebensmittel, Benzin oder Gas in dem Land mit rund 220 Millionen Einwohnern massiv gestiegen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6249794648fbef48e9564e2b.jpg>

15:20 de.rt.com: **Slowakischer Wirtschaftsminister bereit, Gas in Rubel zu bezahlen: Lieferungen dürfen nicht eingestellt werden**

Die Gaslieferungen aus Russland dürfen nicht eingestellt werden. Wenn die Bedingung sei, in Rubel zu bezahlen, dann werde man in Rubel bezahlen. Das erklärte der Wirtschaftsminister der Slowakei, Richard Sulík, am Sonntag im nationalen Fernsehen. Etwa 85 Prozent des Gases, das Bratislava importiert, kommt aus Russland.

17:08 (16:08) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine setzen beim Beschuss von Wohngebieten aktiv Streumunition ein - Verteidigungsministerium der Russischen Föderation**

Das Verteidigungsministerium demonstrierte einen der Blindgänger des Uragan MLRS. Ukrainische bewaffnete Gruppen beschießen Wohngebiete mit Streumunition, die durch internationale Konventionen verboten ist. Dies wurde heute im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation bekannt gegeben, berichtet RIA Novosti.

Das Verteidigungsministerium veröffentlichte ein Video, in dem Pioniere der Streitkräfte der Russischen Föderation mehrere Dörfer in der Region Sumy entminen. Bei der Minenräumung werden nicht explodierte Munition von MLRS und Mörser, die von ukrainischen Militanten abgefeuert werden, gesammelt und an sicheren Orten zerstört.

„Diese Munition wird von einem 220-mm-Uragan-Mehrfachraketenwerfer verschossen und richtet aufgrund der vorgefertigten Fragmente besonderen Schaden an“, sagte Wladimir, Kommandeur eines Entminungszuges, im [Video](#).

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation beschädigten ukrainische Truppen während des Beschusses der Region Sumy die Gebäude von Kindergärten, Schulen und der zivilen Infrastruktur.



https://novorosinform.org/content/images/23/18/42318_720x405.jpg

17:27 (16:27) rusvesna.su: **Der NATO-Generalsekretär enthüllte das tatsächliche Ausmaß der Arbeit des Bündnisses in der Ukraine**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, die russische Armee in der Ukraine stehe nun zehntausenden ukrainischen Soldaten gegenüber, die von der Allianz ausgebildet worden seien.

„Es sei daran erinnert, dass NATO-Verbündete – die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada und einige andere – seit Jahren (!) ukrainische Truppen ausbilden. Zehntausende ukrainische Soldaten, die von NATO-Verbündeten ausgebildet wurden, kämpfen jetzt an vorderster Front gegen die einfallenden russischen Streitkräfte“, sagte er in einem Interview mit CNN.

„Die Streitkräfte der Ukraine sind jetzt besser ausgerüstet, besser ausgebildet und besser geführt als je zuvor“, fügte er hinzu.

Es stellt sich natürlich die Frage: Wie viele Jahre dauerte eine solche Ausbildung angesichts des Vorhandenseins einer Sprachbarriere und ihres Umfangs? Stoltenbergs Worte deuten darauf hin, dass die ukrainische Propaganda der Öffentlichkeit nur einen kleinen Teil dieser Einflussnahme gezeigt hat, wenn der Generalsekretär die Wahrheit sagt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/nato_77.jpg

16:40 de.rt.com: **Bürgermeister von Dnjepropetrowsk ruft zur Ermordung aller Russen**

"weltweit" auf

Der Bürgermeister von Dnjepropetrowsk, Boris Filatow, hat auf seinem verifizierten Facebook-Account zur weltweiten Ermordung von Russen aufgerufen. Er schrieb dort am Sonntagvormittag:

"Die Zeit der kalten Wut ist gekommen. Wir haben jetzt jedes moralische Recht, diese Untermenschen in aller Ruhe und mit völlig ungetrübtem Verstand auf der ganzen Welt zu töten, und zwar auf unbestimmte Zeit und in möglichst großer Zahl. Methodisch und ohne übertriebenen Heroismus. Sparen Sie Ihre Kräfte. Wir werden diese brauchen."

Boris Filatow ist bereits im Jahr 2014 durch die Anregung bekannt geworden, jetzt "den Russen" alles zu versprechen, damit sie der Ukraine loyal bleiben. Hängen, schrieb er damals, werde man die Russen später. Dnjepropetrowsk heißt derzeit offiziell Dnipro.



Borys Filatov ✓

6 Std. · 🌐

...

Вижу, как всех нас захлестывает ненависть, после того, что нелюди творили на Киевщине.

Но замученных, расстрелянных, заживо сожжённых уже не вернуть.

...

Оставим ненависть.

Увы, но она бесконтрольна.

...

Пришло время холодной ярости.

Теперь у нас есть полное моральное право, спокойно и с совершенно незамутнённым разумом, убивать этих нелюдей уже по всему миру, неограниченное количество времени и в максимально больших количествах.

Методично и без лишнего героизма.

Бережём силы.

Они нам ещё понадобятся.



24.339

20 Kommentare 2.818 Mal geteilt



Gefällt mir



Teilen

Relevanteste ▼

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6249abd848fbef48e9564e5b.PNG>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 3. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben Startpakete für den Mobilfunk-Operator „Phönix“ und

Aufladekarten nach Mariupol geliefert. In Jelenowka wird die Faseroptikmagistrale in Richtung Nowotroizkoje wiederaufgebaut.

In Wolodarskoje und Mangusch wurden Wiederaufbau- und organisatorische Maßnahmen in Postfilialen durchgeführt.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben in den befreiten Ortschaften in den letzten 24 Stunden 122 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe. Die Arbeit von zwei Einrichtungen des Gesundheitswesens wurde wiederaufgenommen.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR setzen die Reparaturen von Schlaglöchern am Abschnitt Oktjbarj-Pischtschewik der Autostraße aus Wolnowacha nach Telmanowo fort. Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben an der Eisenbahnstation Wolnowacha einen Akkumulator repariert, ein Teil der Kabelkanäle wurde in Ordnung gebracht. Ein Zugumspannwerk erhielt 6 Tonnen Öl. 800 Meter Oberleitung wurden an der Strecke Karan-Wolnowacha repariert.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien 5300 Quadratmeter Gebäude untersucht. 1774 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:23 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium entlarvt Butscha-Massaker und weist Anschuldigungen zurück**

Das russische Verteidigungsministerium hat Anschuldigungen zurückgewiesen, wonach russisches Militär im Ort Butscha bei Kiew Zivilisten getötet haben soll. Die Vorwürfe seien eine Inszenierung Kiews und westlicher Medien.

Videoaufnahmen des ukrainischen Verteidigungsministeriums zeigen Aufnahmen zahlreicher Leichen, die im Kiewer Vorort Butscha am Straßenrand liegen. Einige von ihnen haben die Hände auf dem Rücken gefesselt. Laut Berichten westlicher Medien handelt es sich um mehr als ein Dutzend getötete Personen. Westliche Politiker werfen Russland einstimmig Kriegsverbrechen vor. Das russische Verteidigungsministerium nahm nun Stellung zu den Vorwürfen.

"Alle vom Kiewer Regime veröffentlichten Fotos und Videos, die von angeblichen

'Verbrechen' russischer Soldaten in der Stadt Butscha in der Region Kiew zeugen, sind eine weitere Provokation", hieß es in einer Erklärung. Das Ministerium wies darauf hin, dass zu dem Zeitpunkt, als die russischen Streitkräfte in dem Ort stationiert gewesen waren, kein einziger Anwohner Opfer von Gewalttaten wurde.

"Die Anwohner konnten sich frei in der Stadt bewegen und das Mobilfunknetz nutzen. Sie konnten den Ort in Richtung weißrussischer Grenze im Norden frei verlassen. Die russischen Soldaten hätten 452 Tonnen humanitäre Hilfe an die Zivilbevölkerung in der Region Kiew geliefert und verteilt. Gleichzeitig wurden die südlichen Außenbezirke der Stadt, einschließlich der Wohngebiete, rund um die Uhr von ukrainischen Truppen mit großkalibriger Artillerie, mit Panzern und Mehrfachraketenwerfern beschossen."

Wichtig sei dabei vor allem die Tatsache, dass alle russischen Einheiten bereits am 30. März, dem Tag nach der Gesprächsrunde zwischen Russland und der Ukraine in der Türkei, vollständig aus Butscha abgezogen worden waren. Der Bürgermeister Anatoli Fjodoruk habe in seiner Videoansprache am 31. März keine erschossenen Einheimischen mit gefesselten Händen auf den Straßen gemeldet.

"Daher ist es nicht verwunderlich, dass alle sogenannten 'Beweise für Verbrechen' in Butscha erst am 4. Tag auftauchten, als Beamte des ukrainischen Sicherheitsdienstes und Vertreter des ukrainischen Fernsehens in der Stadt eintrafen."

Laut den veröffentlichten Bildern sei der Zustand der angeblich seit mehreren Tagen auf der Straße liegenden Leichen äußerst ungewöhnlich. Denn auch nach den mindestens vier Tagen, seit die russischen Truppen den Ort verließen, würden die Körper der Toten noch keine Leichenflecken und noch keine Leichenstarre aufweisen, auch das Blut sei nicht geronnen.

"All dies deutet recht klar darauf hin, dass es sich bei den Fotos und Videos aus Butscha offenbar um eine Inszenierung des Kiewer Regimes für die westlichen Medien handelt, wie es bei der Entbindungsklinik von Mariupol und in anderen Städten der Fall war", so das Ministerium.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6249cda748fbef4c2905d91a.jpg>

abends:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 18:30 am 3.4.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 152mm- und 122-mm-Rohrartillerie abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden zwei friedliche Einwohner verletzt. 9 Wohnhäuser und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 37 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, 2 Schützenpanzer und ein Feldlager für Raketenartilleriewaffen vernichtet. Ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“ wurde eingenommen.

5 Soldaten der 56. Panzergrenadierbrigade und 3 Soldaten der 25. Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 525 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **in den letzten 24 Stunden 6 Verteidiger** der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 20 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbeispiel für zukünftige Generationen sein werden.

Am 2. März 2022 hat der Flammenwerferschütze Wiktor Nikolajewitsch Taran eine Aufgabe zur Begleitung und Bewachung einer Kolonne Militärtechnik ausgeführt. Als er Aufklärung der Route der Kolonne an der Front betrieb, entdeckte er eine vorbereitete Falle des Gegners, er trat selbstlos in den Kampf mit den überlegenen Kräften des Gegners ein, konnte eine günstige Feuerpositionen einnehmen und ein Stück leicht gepanzerte Technik des Gegners vernichten, einen Feuerpunkt und eine Mannschaft einer Antipanzernrakete des Gegners liquidieren, was das ungehinderte Vorankommen der Kolonne, die Bewahrung von Leben und Gesundheit des Personals und des Materials sicherstellte.

18:06 de.rt.com: **Russischer Kriegsreporter über die wahren Täter des Massakers von Butscha**

In Butscha, einem Vorort von Kiew, sind drei Tage nach dem russischen Abzug über ein Dutzend Leichen getöteter Zivilisten gefilmt worden. Die westlichen Medien beschuldigen ohne jegliche Untersuchung die russische Seite, dort Kriegsverbrechen begangen zu haben. Der Journalist Aleksander Kots, der einen Monat lang in der Region war, bringt Gegenargumente.

Die grausigen Bilder aus dem Städtchen Butscha in der Region Kiew gehen heute um die ganze Welt. Man sieht darauf mehrere Leichen und die Verantwortlichen dafür sind in den westlichen Medien bereits jetzt ausgemacht: Ein russisches Kriegsverbrechen soll es gewesen sein und einige deutsche Medien trommeln schon zum Vergeltungskrieg wie in Jugoslawien. Der russische Journalist und Kriegsreporter Alexander Kots, der bis zum Abzug der russischen Truppen einen Monat lang in der Nähe von Kiew verbracht hat, widerspricht dieser Vorverurteilung vehement und schildert auch, warum die ukrainische Darstellung zu dem "Massaker von Butscha" eine Fälschung ist. Er hält es für wahrscheinlich, dass die Tat von ukrainischen Freischärlern, die sich "Territorialverteidigung" nennt, begangen wurde. "Die Taktik der Videoinszenierung erstaunt mich seit Syrien gar nicht mehr, wo massive Raketenangriffe auf der Grundlage von [vorherigen] Inszenierungen der 'Weißhelme' beschlossen wurden. Und hier sind die 'Lehrmeister' für solche informationspsychologischen Operationen dieselben – mit britischen Ohren, die deutlich sichtbar abstecken.

Ich habe gesehen, wie sich die Haltung der Einheimischen gegenüber dem russischen Militär

verändert hatte. Zuerst hatten sie Angst vor ihnen – das Ergebnis einer tiefgreifenden Gehirnwäsche im Fernsehen. Dann gab es eine vorsichtige Haltung, als die Neugier siegte und die Leute aus ihren Kellern kamen. Und später kam das Geschäftliche: Die Einheimischen tauschten Naturalien mit dem Militär. Wir haben zum Beispiel Benzin für einen Generator gegen Milch und Hüttenkäse getauscht. Außerdem verlangten wir keine Milch, sondern gaben den Kraftstoff kostenlos ab. Aber unsere Nachbarn dort hielten es für ihre Pflicht, sich zu revanchieren. Das Militär gab ihnen Trockenrationen und brachte Medikamente ...

Aber das ist natürlich auch nicht das Hauptargument dafür, dass das ukrainische 'Srebrenica' eine Fälschung ist. Tatsächlich wurde Butscha anderthalb Monate lang nie vollständig von russischen Truppen kontrolliert, nicht einmal einen Tag lang. (...)

Die Wahrheit ist, dass die russischen Truppen im Rahmen der Umgruppierung Butscha einige Tage vor der Entdeckung der 'Opfer der Besatzung' verlassen hatten. Die ukrainischen Streitkräfte erkannten den Abzug nicht sofort und beschossen die Stadt fast drei Tage lang mit Artillerie, die auch Zivilisten hätte treffen können.

Als sie schließlich in die Stadt vorrückten, begann eine 'Hexenjagd' auf diejenigen, die mit den 'Besatzungstruppen' kollaboriert hatten. In der Hitze des Gefechts macht sich niemand die Mühe, nach Beweisen zu suchen, und so tauchen Leichen mit gefesselten Händen auf, die in Brunnen geworfen wurden. Nur: Der Zustand der Leichen lässt darauf schließen, dass sie frühestens vorgestern ermordet wurden. Ich weiß, wie Leichen aussehen, wenn sie tagelang auf der Straße gelegen haben. Hier ergibt sich ein ganz anderes Bild."

Dem Kriegsreporter ist aufgefallen, dass die auf den heute (!) von der ukrainischen Seite veröffentlichten Aufnahmen sichtbaren Getöteten in der Mehrzahl eine weiße Armbinde tragen. Solche weißen Armbinden, schreibt Kots, waren bekanntlich stets das Erkennungszeichen der russischen Verbände. Mit der Zeit haben auch einheimische Zivilisten dieses Erkennungszeichen benutzt und trugen mehrheitlich selbstgemachte weiße Armbinden, damit die russischen Soldaten sie als die Ihrigen erkennen.

Als die russischen Truppen in der Nacht vom 30. auf den 31. März die Stellungen in und um Butscha verließen und aus diesem Teil der Region Kiew abgezogen wurden, haben die ukrainischen Truppen dies nicht sofort erfahren, berichtet Kots. Erst am 1. April wären sie – zuvorderst die Freiwilligen der Territorialverbände – in den Ort eingerückt. Nun wurden den Zivilisten, in erster Linie Männern, weiße Armbinden zum Verhängnis: Die Freischärler hielten sie für russische Militärangehörige oder Partisanen und schossen auf sie.

Alexander Kots [schreibt](#):

"Hier ist ein weiterer Beweis. Die Leichen in Butscha mit weißen Armbinden, die ein russisches Erkennungszeichen sind. Die ukrainischen Streitkräfte schossen auf Menschen – ohne Rücksicht darauf, ob sie Waffen trugen oder nicht. Die Hauptsache war, dass sie weiße Armbinden trugen, was [für die ukrainischen Streitkräfte] bedeutete, dass sie 'der Feind' sind. Ukrainische Journalisten, öffnet eure Augen! Es waren nicht die russischen Truppen, die die Zivilisten von Butscha abgeschlachtet haben. Es waren eure tapferen 'Terbatisten'."

Der Umstand, dass die russischen Truppen vor dem 31. März aus Butscha abgezogen sind, wahrscheinlich in der Nacht vom 30. März auf den 31. März, findet seine Bestätigung in einem bereits am Morgen des 31. März veröffentlichten Video des Bürgermeisters des Ortes, der darin triumphierend die "Befreiung" (von russischen Truppen) verkündet. Ein vorheriges Massaker erwähnte er dabei keineswegs.

Auch der von französischen Journalisten geschilderte Umstand – neben gleichfalls der Bestätigung der weißen Armbinden bei den Opfern –, dass bei einem dieser Getöteten dessen ukrainischer Pass lag, stützt die Hypothese des russischen Kriegsberichterstatters Kots: Nur gegenüber ukrainischem Militär ergibt das Hochhalten eines ukrainischen Passes Sinn – als Versuch, sie hoffentlich noch vom Schießen abzuhalten.

Die ersten Aufnahmen aus Butscha, auf denen Leichen zu sehen sind, kommen am 2. April medial in Umlauf, also am dritten Tag nach dem russischen Abzug aus diesem Ort.

Der 1978 geborene Alexander Kots arbeitet seit 1999 für die auflagenstarke Zeitung Komsomolskaja Prawda und war als Kriegsreporter im Kosovo, Afghanistan, dem Irak, Libyen, Syrien, dem Donbass und anderen Konfliktregionen im Einsatz. Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hat jede Verantwortung russischer Truppen für die Tötungen von Zivilisten inzwischen offiziell zurückgewiesen. Zwar können auch die Angaben von Kots derzeit nicht unabhängig überprüft werden. Sie sollten aber zumindest nochmals daran erinnern, dass solche Vorverurteilungen stets höchst fragwürdig sind.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6249b92848fbef48e9564e63.jpg>

18:10 de.rt.com: **Attentat auf den kasachischen Präsidenten Tokajew vereitelt**

Kasachstans Spezialdienste haben einen ausländischen Geheimdienstagenten festgenommen, der ein Attentat auf Präsident Kassym-Schomart Tokajew plante, wie der Pressedienst des Nationalen Sicherheitskomitees (KNB) des Landes mitteilte.

In der am Sonntag veröffentlichten Pressemitteilung heißt es:

"Am 25. März 2022 nahm die Spionageabwehr KNB in der Stadt Nur-Sultan einen ausländischen Geheimdienstagenten, Bürger A, fest, der ein Attentat auf den kasachischen Präsidenten und eine Reihe hochrangiger Regierungsbeamter plante."

Dem Bericht zufolge wurden bei der Durchsuchung ein Scharfschützengewehr ausländischer Bauart mit Schalldämpfer, Betäubungsmittel und ein hoher Geldbetrag im Besitz des Verdächtigen gefunden. Die Waffen waren in Einzelteile zerlegt und professionell getarnt nach Kasachstan gebracht worden.

Außerdem habe der Agent den Auftrag gehabt, russophobe Stimmungen in Kasachstan zu schüren.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/03/1781513081_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_0aec8e5413e3be38bc251e4f98c17ef1.jpg

19.02 de.rt.com: **Reaktionen auf Butscha: Forderungen nach Bruch mit Russland wegen "verbrecherischer Kriegsführung"**

"Unerträgliche Bilder" einer "verbrecherischen Kriegsführung", auf die man mit weiteren Sanktionen und einem raschen wirtschaftlichen Bruch antworten müsse – deutsche Politiker haben einen sehr einheitlichen Blick auf die Bilder aus Butscha.

Die sofortigen Reaktionen deutscher Politiker auf die Bilder von bislang ungeprüften Verbrechen in Butscha sind sehr einheitlich. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock erklärte, die Bilder seien "unerträglich": "Putins hemmungslose Gewalt löscht unschuldige Familien aus und kennt keine Grenzen." Sie forderte weitere Unterstützung für die Ukraine. Wirtschaftsminister Robert Habeck erklärte, "dieses furchtbare Kriegsverbrechen kann nicht unbeantwortet bleiben", und forderte eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Russland. Dies werde in der EU bereits vorbereitet.

Finanzminister Christian Lindner schrieb auf Twitter, die Bilder würden den "verbrecherischen Charakter des Krieges gegen die Ukraine" belegen.

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht [fordert](#) einen Stopp russischer Erdgaslieferungen. "Es muss eine Reaktion geben. Solche Verbrechen dürfen nicht unbeantwortet bleiben."

Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte: "Diese Verbrechen des russischen Militärs müssen wir schonungslos aufklären."

"Ich verlange, dass internationale Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz Zugang erhalten zu diesen Gebieten, um die Gräueltaten unabhängig zu dokumentieren."

Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hält die Sachlage für geklärt. "Die von Russland verübten Kriegsverbrechen sind vor den Augen der Welt sichtbar", erklärte er in Berlin.

Der SPD-Co-Vorsitzende Lars Klingbeil will einen raschen und vollständigen wirtschaftlichen Bruch mit Russland. "Der politische Bruch mit Wladimir Putin und seinem Regime, der ist schon längst da", erklärte er am Rande einer Vorstandsklausur der SPD. Er sprach von einer "verbrecherischen Kriegsführung".

Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg äußert sich im gleichen Ton: "Es ist eine Brutalität gegen Zivilisten, wie wir sie in Europa seit Jahrzehnten nicht gesehen haben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6249cf7648fbef589c548898.jpg>

20:39 (19:39) rusvesna.su: **Große militärische Einrichtungen zerstört, Besatzer erleiden schwere Verluste: Verteidigungsministerium zu den Ergebnissen der Sonderoperation**

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkov, informierte über die Ergebnisse der Spezialoperation in der Ukraine und über die Befreiung des Donbass am heutigen Tag.

Einheiten der Truppen der Volksrepublik Donezk, die die Offensive fortsetzen, kämpfen im Gebiet von Nowobachmutowka und Troizkoje. Im Gebiet Nowoselowka erlitten die sich zurückziehenden Einheiten der 25. ukrainischen Luftlandebrigade durch einen Artillerieangriff schwere Verluste. Mehr als 40 Soldaten und 7 gepanzerte Fahrzeuge wurden vernichtet.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation griffen weiterhin die militärische Infrastruktur der Ukraine an. Luftgestützte Hochpräzisionsraketen zerstörten große Treibstofflager in Konstantinowka, in der Region Nikolajew, in Slawuta, Region Riwne und in Ternopol. Von diesen Einrichtungen wurde Treibstoff an ukrainische Truppen in den Richtungen von Nikolajew und Donezk geliefert.

Infolge des Angriffs auf den Flugplatz Balownoje bei Nikolajew wurden ein Flugzeugpark und ein Treibstofflager zerstört.

Ein Angriff auf den Militärflugplatz Wasilkow in der Region Kiew hat das Zentrum für Warnung und Kontrolle der Luftwaffe und Luftverteidigung der ukrainischen Luftwaffe lahmgelegt.

Im Laufe des Tages traf die operativ-taktische und militärische Luftwaffe der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte 42 Militäreinrichtungen der Ukraine.

Unter ihnen:

- drei Abschussrampen für Flugabwehrraketen, darunter eine Buk-M1 und zwei Osa-AKM,
 - eine Artillerie-Batterie,
 - zwei Installationen von Mehrfachraketenwerfersystemen,
 - zwei Felddepots für Raketen- und Artilleriewaffen und Munition,
- sowie 8 Befestigungen und Bereitstellungsräume für militärische Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine.

Russische Luftverteidigungssysteme haben in der Nähe der Siedlungen Krasnogorka und Grabowskoje drei unbemannte Luftfahrzeuge in der Luft abgeschossen.

Insgesamt wurden seit Beginn des militärischen Spezialeinsatzes zerstört:

- 386 unbemannte Luftfahrzeuge,
- 224 Flugabwehr-Raketensysteme,
- 1918 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge,
- 209 Mehrfachraketenwerfer,

- 814 Feldgeschütze und Mörser,
- sowie 1.789 Einheiten militärischer Spezialfahrzeuge.

21:00 de.rt.com: **Russland fordert Sitzung des UN-Sicherheitsrates wegen des angeblichen Butscha-Massakers**

"Angesichts der eklatanten Provokation durch ukrainische Radikale in Butscha hat Russland für Montagnachmittag, den 4. April, die Einberufung einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates gefordert", teilte der Erste Stellvertreter des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen Dmitri Poljanski in seinem persönlichen Telegram-Blog mit: "Entlarven wir die ukrainischen Provokateure und ihre westlichen Gönner in aller Öffentlichkeit", fügte er hinzu.

In Butscha, einem Vorort von Kiew, wurden erst drei Tage nach dem russischen Abzug mehr als ein Dutzend Leichen getöteter Zivilisten gefilmt. Der Westen beschuldigt ohne jegliche Untersuchung bereits die russische Seite, dort Kriegsverbrechen begangen zu haben und kündigt demzufolge noch weitere, schärfere Sanktionen gegen Russland an. Russland hat jede Verantwortlichkeit für ein Massaker an der Zivilbevölkerung in der ukrainischen Stadt Butscha von sich gewiesen.